

Bürgerkrieg in der Oberpfalz

Am 14. Dezember 1985 besetzen 40.000 Menschen das Gelände für eine geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. **Von Wolfgang Pomrehn**

Irgendwie hatte sich Bayerns CSU-Ministerpräsident Franz Josef Strauß das anders vorgestellt. Eine »rasche und ungestörte Realisierung« hatte er der Industrie für ihre geplante Atomfabrik im oberpfälzischen Wackersdorf versprochen. Die örtliche Bevölkerung und die westdeutsche Anti-AKW-Bewegung hatten jedoch anderes im Sinn. Am 14. Dezember 1985 besetzten 40.000 Menschen den vorgesehenen Bauplatz im Taxöldener Forst im Landkreis Schwandorf. Tausende blieben über Nacht, es war Wochenende. Am Montag kam es zu einer ersten Räumung. Mehr als 800 Menschen wurden festgenommen, doch einige Tage später war der Platz erneut besetzt. Ein neuer Brennpunkt der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung war entstanden.

Der Protest entzündete sich an der Absicht, eine sogenannte Wiederaufbereitungsanlage (WAA) zu errichten. Der Zweck solcher Anlagen ist es, aus den abgebrannten Brennstäben der AKW das Plutonium zu extrahieren, das durch die Spaltprozesse im Reaktor entstanden ist. Plutonium ist ein stark radioaktives Element und kann sowohl für Bomben wie auch als Brennstoff eingesetzt werden. In letzterem Fall werden einige Prozent davon dem angereicherten Uran neuer Brennstäbe beigemischt.

Ultragift Plutonium

Bereits 1981 wurden die WAA-Pläne bekannt. In den Dörfern und Städten um Wackersdorf gründeten sich Bürgerinitiativen. Die Anwohner befürchteten eine Vielzahl von Atommülltransporten und machten sich Sorgen über die radioaktiven Abwässer. Diese hätten über die Flüsse entsorgt werden müssen. Europas existierende WAA stehen im französischen La Hague und im britischen Sellafield jeweils direkt am Meer und sind dafür bekannt, dass sie dies im größeren Umkreis radioaktiv verseuchen. In Wackersdorf wäre aber die zur Verfügung stehende Wassermenge viel geringer und die Konzentration radioaktiver Stoffe daher entsprechend größer gewesen. Nicht gefährlicher als eine Fahrradspeichenfabrik sei die Anlage, hatte hingegen der Ministerpräsident verkündet. Doch unter den Anwohnern hatte sich schon herumgesprochen, was für ein Ultragift Plutonium ist. Einige Dutzend Milligramm reichen, um einen Menschen zu vergiften, und einige Milliardstel Gramm können Krebs auslösen, wenn sie inhaliert werden.

Zu den Ängsten der Nachbarn kam das Bewusstsein der Anti-AKW-Bewegung,



Die Polizei verschanzte sich gegen die Demonstranten hinter dem Bauzaun der WAA in Wackersdorf. Das verbotene, krebserregende CS-Gas wurde aus Wasserwerfern versprüht und von Hubschraubern in Granaten abgeworfen (Foto vom 31.3.1986)

wegung, dass die WAA unverzichtbar war, wenn die westdeutsche Stromversorgung hauptsächlich auf AKW umgestellt werden sollte. Teile der Friedensbewegung sahen einen WAA-Bau außerdem als Griff nach der (Atom-) Bombe, und eine zu jener Zeit starke autonome Jugendbewegung hoffte, in Wackersdorf Staat und Kapitalismus bekämpfen zu können. Diese recht unterschiedlichen Strömungen trafen in den Weihnachtstagen im Wackersdorfer Hüttendorf aufeinander. Nur mühsam gelang die Einigung. Der drohenden Räumung wollte man lediglich mit passivem Widerstand begegnen.

Die ließ bis Anfang Januar auf sich warten. Versorgt wurden die Besetzer in der Zwischenzeit von der umliegenden Bevölkerung. Mehrere zehntausend Menschen besuchten das Widerstandsdorf und solidarisierten sich. Am 7. Januar rückte dann die Staatsmacht an. 2.000 Polizisten trugen, zertrümmerten und schleiften die Protestierenden vom Gelände. Zu militanten Auseinandersetzungen kam es an diesem Tag noch nicht.

Das sollte aber nicht lange so bleiben. Um den 138 Hektar großen Bauplatz wurde ein massiver Zaun errichtet, an dem sich viele im Rahmen der regelmäßigen Sonntagsspaziergänge mit kleinen Metallsägen versuchten. Die Polizei antwortete vom Gelände aus mit Wasserwerfern. Dem Wasser wurde, wie in dieser Zeit meist üblich,

CS-Kampfgas beigemischt, ein Stoff, dessen Einsatz im Krieg durch internationale Verträge verboten ist. Ein asthmatischer Demonstrant starb im März 1986 vermutlich infolge eines solchen Einsatzes. Den Sonntagsspaziergängen tat das keinen Abbruch. Ostern 1986 kamen mehrere zehntausend Menschen, um am Bauzaun zu rütteln. Die Polizei setzte erstmals außerhalb des Geländes Greiftrupps ein, und vor allem Westberliner Einheiten fielen durch brutalen Schlagstockeinsatz auf. Aus Hubschraubern wurden stundenlang CS-Gasgranaten auf die Demonstrierenden abgeworfen. Ein Teil von ihnen lieferte sich Scharmützel mit der Polizei.

VEBA gibt auf

Einen Monat später, am 26. April 1986, ereignete sich in der Sowjetunion nahe der ukrainischen Stadt Tschernobyl eine schwere Reaktorkatastrophe. Einer der dortigen Reaktoren explodierte und schleuderte große Mengen radioaktiver Substanzen in die Umwelt. In vielen westdeutschen Städten kam es in der Folge den ganzen Frühling und Sommer über zu zahllosen großen und kleineren Demonstrationen gegen die Nutzung der Atomkraft. In Wackersdorf wurde der Widerstand noch entschlossener. Zu Pfingsten 1986 gab es massive Zusammenstöße am Bauplatz. Die Polizeigewalt hatte auch viele Ein-

heimische radikalisiert, die den militanten Demonstranten zunächst sehr skeptisch gegenüberstanden hatten. Die Zeitungen sprachen von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen. Der zuständige Polizeipräsident beklagte laut *taz* eine »unheimliche Solidarisierung der Oberpfälzer mit den Auswärtigen«. Die bayrische Polizei wurde mit Blendschockgranaten und Gummischrotgeschossen aufgerüstet, die in den folgenden Jahren des öfteren zum Einsatz kamen.

Die Auseinandersetzungen gingen noch einige Jahre weiter. Jeden Sonntag gab es kleinere oder größere Demonstrationen am Bauzaun, und die WAA-Gegner konnten wiederholt Zehntausende Demonstranten zu großen Aktionen mobilisieren. Mit Hausdurchsuchungen und zahlreichen Prozessen wurde versucht, die Bevölkerung einzuschüchtern. Schließlich kam 1989 der Rückzieher. Das Interesse der Energiekonzerne an AKW kühlte ab. Neue Projekte waren seit den 1970er Jahren nicht mehr beantragt worden. Zu groß war der Widerstand in der Bevölkerung. E.on-Vorläufer VEBA sah also keinen größeren WAA-Bedarf mehr und entschied sich, seine Brennstäbe künftig in die französische »Plutoniumfabrik« nach La Hague zu schicken. Auf dem einst umkämpften Gelände ist heute ein Industriegebiet, das ein Mehrfaches der Arbeitsplätze einer WAA bietet.

CSU-Chef Strauß und die Atombombe

Franz Josef Strauß, von 1961 bis zu seinem Tod 1988 CSU-Chef und von 1978 bis 1988 bayerischer Ministerpräsident, war unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) 1955 zum Bundesminister für Atomfragen ernannt worden und ein Jahr später ins Verteidigungsressort gewechselt. Dabei machte er sich für die atomare Bewaffnung der gerade von alten Nazioffizieren aufgebauten Bundeswehr stark. Keine 30 Jahre später war das vielen Linken und

Friedensbewegten durchaus noch geläufig, zumal Strauß mit seinen häufigen Wutausbrüchen und Kraftwörtern regelmäßig den äußersten rechten Rand der Unionsparteien bediente und einer der Scharfmacher im Kalten Krieg war. Viele trauten ihm deshalb zu, dass er für eine WAA auch noch andere Aufgaben im Sinn hatte, als bloß aus Atommüll neuen Brennstoff zu gewinnen. Schließlich hatte er sich auch für den noch heute laufenden Garchingerversuchsreaktor

bei München eingesetzt, der mit hochangereichertem, also bombenfähigem Uran betrieben wird. Ähnlich gefährlich ist im Prinzip auch das in den WAA abgetrennte Plutonium. Zwar ist sein Isotopengemisch nicht für die stärksten Plutoniumbomben geeignet. Doch auch so lassen sich aus dem Reaktorplutonium Atombomben herstellen. »In bezug auf Reaktorplutonium ist (es) Tatsache, dass es möglich ist, dieses Material für Kernwaffen in allen Stadien der technologischen

Entwicklung zu verwenden«, hatte 1976 Victor Gilinsky, Mitglied der US-Atombehörde Nuclear Regulatory Commission, festgestellt. Und weiter: »Für irgendeine Nation, die sich darauf vorbereitet hat, gilt: Abgetrenntes Plutonium (...) kann sofort von seinem Lager überführt und in Atomsprengköpfe eingebaut werden, innerhalb von Tagen.« Dem temperamentvollen kalten Krieger Strauß traute damals bis in die SPD hinein mancher derlei Absichten zu.

■ Anno ... 51. Woche

1870, 17. Dezember: Die sozialdemokratischen Arbeiterführer August Bebel und Wilhelm Liebknecht sowie der Redakteur der Parteizeitung *Der Volksstaat*, Adolf Hepner, werden auf Betreiben der preußischen Reaktion wegen ihrer Aktivitäten gegen den Deutsch-Französischen Krieg verhaftet. Bebel und Liebknecht hatte sich im Juli bei der Bewilligung von Kriegskrediten der Stimme enthalten und im November einen Friedensvorschlag gemacht. Das rief dem Preußenstaat nach Landesverrat, weshalb es zur Verhaftung der drei SPDler kam, zu der Hepners im übrigen, weil er im *Volksstaat* Bebels Briefe zu den Kriegskrediten veröffentlicht hatte.

1935, 18. Dezember: Nachdem am Vortag Rudolf Claus wegen seiner Tätigkeit für die Rote Hilfe von den deutschen Faschisten hingerichtet worden war, protestieren führende Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Erklärung gegen das Naziregime. Darin heißt es: »Wir Sozialdemokraten und Kommunisten richten in heiliger Empörung im Angesicht des Märtyrertodes von Rudolf Claus an alle freiheitlich denkenden Menschen der Welt, an alle zivilisierten Staaten den feierlichen Appell: durch die Kraft des Weltprotestes den Morden und der Barbarei im ›Dritten Reich‹ Einhalt zu gebieten.«

1940, 18. Dezember: Adolf Hitler unterzeichnet die Weisung Nr. 21 zur Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion. Es heißt darin: Die »deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa)«.

1950, 18. Dezember: In Brüssel beginnt eine Tagung des NATO-Rats. Im Verlauf des Treffens erklären die zwölf Mitgliedsstaaten ihr Einverständnis für eine mögliche Aufnahme der BRD in das westliche Militärbündnis. US-General Dwight D. Eisenhower wird zum Oberbefehlshaber der geplanten europäischen Streitmacht in der NATO ernannt.

1960, 17. Dezember: Auf einem Kongress in Stuttgart wird die Deutsche Friedensunion (DFU) gegründet. Ziel ist die Sammlung oppositioneller Kräfte gegen den Militarisationkurs der Bonner Regierung.

1960, 20. Dezember: In Südvietnam wird die Nationale Befreiungsfront gegründet. Ihr Ziel ist der Sturz des dem US-Imperialismus hörigen Marionettenregimes von Ngo Dinh Diem. Vorsitzender wird der Rechtsanwalt Nguyen Huu Tho.

ANZEIGE

**Entschleunigung
Ruhe & Natur satt im
Müritz-Nationalpark**
3 FeWo für je 2-3 Personen,
ganzjährig in Kratzburg-Granzin,
Havel & Havelseen, Boot & Rad.
Info: www.trinogga.de • Telefon: 03 98 22/29 94 88